



„Lauterbach spart das Gesundheitswesen kaputt“

Zahnärzte solidarisieren sich mit Protesten der Apotheker

Die Proteste gegen die Lauterbach'schen Sparpläne werden immer heftiger. Mitte Juni schlossen sich die meisten der knapp 18000 Apotheken in Deutschland einem Protestaufruf an und verriegelten für einen Tag die Türen. Auslöser für diese aufsehenerregende Aktion waren die geplanten Honorarsenkungen und die anhaltenden Lieferengpässe. Bundesweit gab es hier auch von den Zahnärzten Unterstützung.

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach sei gerade dabei, das deutsche Gesundheitswesen kaputtzusparen, monierten die bayerischen Vertragszahnärzte. Dies lasse sich unter anderem an der Wiedereinführung der strikten Budgetierung zahnmedizinischer Leistungen in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) ablesen:

„Ärzte, Zahnärzte und Apotheker sitzen im gleichen Boot. Steigende Kosten, der Fachkräftemangel und eine ständig wachsende Bürokratiebelastung schrecken immer mehr junge Kolleginnen und Kollegen vom Schritt in die Selbstständigkeit ab. Gleichzeitig begrenzt die Politik die Mittel für die zahnmedizinische Versorgung der gesetzlich Versicherten und verweigert uns seit 1988 eine Erhöhung des Punktwertes in der privaten Gebührenordnung (GOZ)“, so der KZVB-Vorsitzende Dr. Rüdiger Schott.

Die stellvertretende KZVB-Vorsitzende Dr. Marion Teichmann gibt zudem den anhaltenden Konzentrationsprozess Medizinischer Versorgungszentren (MVZ) zu bedenken: „In der Zahnmedizin beschleunigen MVZ, die in der Hand inter-

nationaler Investoren sind, diesen Prozess.“ Deren Gewinne würden größtenteils in Offshore-Finanzzentren wie die Kaimani Inseln oder Luxemburg fließen. Aktuell gebe es nur noch bei den angestellten Zahnärzten ein Wachstum, während die Zahl der niedergelassenen Kollegen kontinuierlich zurückgeht. „Doch gerade die kleinen Einzel- und Gemeinschaftspraxen sind das Rückgrat der Versorgung im Flächenstaat Bayern. Das scheint sich noch nicht bis nach Berlin herumgesprochen zu haben“, so Teichmann.

„Jeder fünfte Zahnarzt in Bayern ist über 60 und wird in den kommenden Jahren in den Ruhestand gehen. Wenn die Politik ein Praxissterben verhindern will, muss sie jetzt handeln. Die Budgetierung muss umgehend abgeschafft, der GOZ-Punktwert an die gestiegenen Lebenshaltungs- und Praxiskosten angepasst werden. Außerdem brauchen wir einen echten Bürokratieabbau“, meint Dr. Jens Kober, Mitglied des Vorstands der KZVB. Kober plädiert in diesem Zusammenhang für ein Reset bei der störungsanfälligen Telematik-Infrastruktur (TI), die für die Praxen mit einem erheblichen organisatorischen und finanziellen Aufwand verbunden ist,

bisher aber kaum einen echten Mehrwert mit sich bringt. „Lauterbach verspricht zwar das ‚alltagstaugliche E-Rezept‘, aber solche Ankündigungen kennen wir schon von seinem Vorgänger. Wenn die TI nicht reibungslos funktioniert, werden wir die Rezepte für unsere Patienten weiterhin ausdrucken müssen.“

Auch die Bundeszahnärztekammer (BZÄK) zeigte sich solidarisch mit den Apothekern. „Die Leistungserbringer, die Tag für Tag Millionen von Patientinnen und Patienten versorgen, dürfen nicht zum Sparschwein der Gesundheitspolitik werden – ob Zahnärzte, Ärztinnen oder Apotheker. Statt planvolle, zukunftsgerichtete Reformen auf den Weg zu bringen, die die wahren Probleme wie Fachkräftemangel, Bürokratielast und eine fachlich wie betriebswirtschaftlich völlig veraltete Gebührenordnung angehen, werden die niedergelassenen Kolleginnen und Kollegen mehr und mehr in ihrem Handlungsspielraum beschnitten“, so BZÄK-Präsident Prof. Dr. Christoph Benz

Redaktion